

Übersetzung aus dem Russischen

Tagung des Komitees der
Experten zum Warschauer Vertrag
6. und 7. 4. 1983
in Prag

Rede des Genossen A. A. Gromyko

Verehrte Genossen!

Gestatten Sie mir zunächst, den tschechoslowakischen Genossen für den herzlichen Empfang, die Gastfreundschaft und die gute Organisation unserer Arbeit zu danken.

Wir sind drei Monate nach der Annahme eines Dokuments von großer internationaler Bedeutung - der Prager Politischen Deklaration - durch die höchsten Repräsentanten der verbündeten sozialistischen Staaten zusammengekommen. Die darin enthaltene tiefgründige Analyse der gegenwärtigen internationalen Lage, der Ursachen des Anwachsens der Kriegsgefahr wird voll und ganz durch die Entwicklung in der Welt bestätigt.

Die USA und ihre engsten Verbündeten streben weiterhin nach der Zerstörung des militärischen Gleichgewichts zwischen der Sowjetunion und den USA, zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO sowie nach einer für sie günstigen Veränderung der militärisch-strategischen Situation in Europa und in der ganzen Welt. Dafür gibt es viele Beispiele. Eines der letzten Beispiele sind die von Reagan angekündigten Pläne zur Entwicklung eines großangelegten Raketenabwehrsystems, das dazu bestimmt ist, die Sowjetunion angesichts der amerikanischen nuklearen Bedrohung zu entwaffnen. Eine ausführliche Einschätzung dieser Pläne wurde im Interview des Genossen J. W. Andropow gegeben.

Washington - und das ist für niemanden ein Geheimnis - fordert immer nachdrücklicher von seinen Verbündeten, um jeden Preis amerikanische Raketen zum von der NATO festgelegten Zeitpunkt in Westeuropa zu stationieren.

In letzter Zeit tauchen immer mehr Tatsachen auf, die bezeugen, daß die USA die Kriegsvorbereitungen auch in anderen strategisch wichtigen Gebieten - im Indischen Ozean und im Fernen Osten - ausweiten und Japan immer fester an ihre Politik binden.

Schamlos agieren die Amerikaner auch gegenüber den nichtpaktgebundenen Ländern, unverblümt mischen sie sich in ihre inneren Angelegenheiten ein. Ein neuer Mechanismus einer solchen Einmischung ist das kürzlich geschaffene sogenannte Zentralkommando, in dessen Tätigkeitsbereich die Territorien von 19 Ländern Afrikas und des Orients einbezogen wurden.

Die Gefährlichkeit eines derartigen Kurses ist groß. Wir dürfen sie nicht unterschätzen. Doch auch der Widerstand gegen diesen Kurs wächst. Zur Ausstrahlungskraft der gemeinsamen Friedenspolitik unserer Länder und jetzt auch der konstruktiven Ideen und Vorschläge, die in der Politischen Deklaration enthalten sind, gesellen sich auch weitere bedeutende Faktoren, die zugunsten des Friedens wirken.

Die Antikriegs- und Antiraketenbewegung im Westen wird breiter und tritt immer aktiver auf. Jetzt umfaßt sie Millionen und aber Millionen Menschen. Diesen Faktor können die führenden Politiker der NATO-Länder keinesfalls außer acht lassen.

Die Appelle nüchtern denkender Politiker im Westen, das Wett-rüsten einzustellen, die Kernwaffenarsenale einzufrieren, werden heute hier und dort auf das Niveau von Partei- und Parlamentsbeschlüssen angehoben. Das Auftreten von Labour-Abgeordneten für die nukleare Abrüstung Großbritanniens, einer Kommission des Abgeordnetenhauses der USA für ein Einfrieren der Kernwaffenrüstungen, des dänischen Parlaments für ein Abrücken von der sogenannten Null-Variante Reagans - das alles paßt nicht in den Rahmen des militaristischen Kurses der USA, das alles widerspricht ihm direkt. Man kann auch ein weiteres Beispiel anführen: Den jüngsten Vorschlag Schwedens zur Schaffung einer Zone in Europa, die frei ist von nuklearen Gefechtsfeldwaffen. Entschiedener sprechen sich gegen die militaristische Linie der Reagan-Administration die nichtpaktgebundenen Länder aus. In den Schlußdokumenten ihrer Konferenz in Delhi hat diese zahlreiche Staatengruppe mehr als 20 Mal die USA-Politik negativ eingeschätzt und die dort ausgeheckten abenteuerlichen Doktrinen eines Kernwaffenkrieges verurteilt.

Und die Rolle dieser Staaten in Weltangelegenheiten wächst weiter an.

So ist in sehr allgemeinen Zügen die Lage, in der wir um die Verwirklichung der Ziele ringen, die in der Prager Politischen Deklaration gestellt wurden. Ich möchte die große und nützliche Arbeit hervorheben, die von den tschechoslowakischen Genossen geleistet wurde, um dieses Dokument den Regierungen und der Öffentlichkeit aller Länder der Welt zur Kenntnis zu bringen. Eine bedeutende Aufklärungsarbeit leisten alle Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages.

Die Sowjetunion nutzt die ihr gegebenen Möglichkeiten und Mittel zur Erläuterung und Voranbringung der Ideen und konstruktiven Initiativen, die in der Politischen Deklaration unterbreitet wurden.

Eine solche Arbeit ist auch weiterhin energisch zu leisten.

Ich komme nun zur Frage der weiteren Schritte zur Durchsetzung des gemeinsamen Vorschlages unserer Staaten bezüglich des Abschlusses eines Vertrages mit den NATO-Ländern über die gegenseitige Nichtanwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen.

Unser Vorschlag ist von großem positiven Gehalt - er ist klar, eingängig und stimmt mit den Hoffnungen jener Kräfte in Westeuropa und in der ganzen Welt überein, die aktiv unter Antikriegslosungen auftreten und ihren politischen Einflußbereich erweitern.

Die Führer der USA und der anderen NATO-Länder, die deren getreueste Gefolgsleute sind, gingen diesmal nicht den Weg der automatischen Ablehnung unseres Vorschlags, wie dies bei ihnen in den letzten Jahren die Regel war. Wahrscheinlich wollen sie ihn nicht annehmen, aber ihn abzulehnen, können sie sich auch nicht entschließen. Dort wird verstanden, daß dies unter den heutigen Bedingungen nur die Kritik an der Politik Reagans und das Mißtrauen ihr gegenüber verstärken würde.

In der vergangenen Zeit haben wir eine Reihe von Begegnungen und Kontakten mit Vertretern verschiedener NATO-Länder durchgeführt. Zahlreiche Kontakte hatten, wie uns bekannt ist, auch Ihre Länder.

Es entsteht folgender Eindruck: Hinter allgemeinen Erklärungen darüber, daß der Vertragsvorschlag in den Hauptstädten der NATO-Länder aufmerksam geprüft wird, verbirgt sich vieles. Die Amerikaner ziehen offensichtlich die Zeit in die Länge und rechnen darauf, daß das Interesse für den Vertrag seitens der Öffentlichkeit allmählich nachläßt und es leichter wird, ihn abzulehnen. Die gleiche Position vertreten die Engländer, wie wir aus den Gesprächen mit ihnen entnehmen konnten.

Zur gleichen Zeit ist in anderen NATO-Ländern, insbesondere in Dänemark, Holland, Griechenland, in der Türkei und Spanien, ein ziemlich lebhaftes Interesse für unseren Vorschlag zu erkennen.

In den Gesprächen werden uns viele Fragen gestellt. Es wird z. B. gefragt, worin das Neue in dem vorgeschlagenen Vertrag besteht, wenn das Prinzip der Nichtanwendung von Gewalt bereits in der UN-Charta und in der Schlußakte von Helsinki verankert ist.

Wir erläutern, daß in diesen Dokumenten lediglich das Prinzip als solches formuliert ist. Wir schlagen vor, weiter zu gehen, dieses Prinzip in einem konkreten vertragsrechtlichen Dokument zu fixieren, ihm die Kraft einer Verpflichtung zu verleihen, die von beiden militärisch-politischen Bündnissen übernommen wird.

Es wird weiter gefragt, ob die Arbeit bezüglich des Vertrages parallel zu den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf, zu den Wiener Verhandlungen und zum Madrider Treffen erfolgen oder gar deren erfolgreichen Abschluß krönen soll.

Wir sind natürlich nicht dafür, daß die Lösung der einen Probleme der internationalen Sicherheit künstlich, ohne Notwendigkeit mit der Lösung anderer verbunden wird.

Die Tatsache, daß vorgeschlagen wird, in dem künftigen Vertrag die Verpflichtung der Seiten aufzunehmen, im Geiste des guten Willens Verhandlungen über effektive Maßnahmen zur Beendigung des Wettrüstens, zur Begrenzung der Rüstungen und zur Abrüstung zu führen, gibt gerade darauf eine präzise Antwort.

Diese und andere Fragen - und derer gibt es nicht wenige - betrachten wir als natürlich.

Natürlich gibt es auch Fragen mit einem provokatorischen Beigeschmack. Damit werden auch Sie sicher konfrontiert. Jegliche Versuche zur Verunglimpfung unseres Vorschlages weisen wir entschieden, wie es sich gehört, zurück.

Wir meinen, daß in der gegenwärtigen Etappe der Arbeit zur Verwirklichung unserer gemeinsamen Initiative die Hauptsache in dem Bemühen besteht, in das sachliche Gespräch eine möglichst große Zahl von NATO-Ländern einzubeziehen, sie Schritt für Schritt an die ernsthafte, unvoreingenommene Prüfung unseres Vorschlages heranzuführen und diejenigen von ihnen, die zur Fortsetzung der Entspannungspolitik geneigt sind, im Prozeß einer solchen Prüfung Unterstützung zu geben.

Wir meinen, daß die Herauskristallisierung der Stimmungen in der NATO zugunsten des Vertrages ein langwieriger Prozeß sein kann. Wir erinnern uns daran, daß eine so gute Sache wie die Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz ebenfalls nicht so schnell realisiert werden konnte. Auch hier ist eine beharrliche, mühsame Arbeit erforderlich. Wir werden systematisch Informationen austauschen, die Argumentation zugunsten unserer Initiative entwickeln, vertiefen und vervollkommen und neue Schritte vorsehen, um auf die Position der NATO-Länder in einer für uns wünschenswerten Richtung einzuwirken.

Das Gespräch über unsere Initiative findet nicht nur mit den Mitgliedsstaaten der NATO statt, obwohl sie natürlich in erster Linie an diese gerichtet ist.

Die westeuropäischen neutralen Länder, in erster Linie Finnland, Österreich und Schweden, verhielten sich wohlwollend zu unserem Vorschlag und schätzten ihn als konstruktiv ein. Diese Länder verhalten sich auf dem Madrider Treffen nicht schlecht, bekunden ernsthaftes Interesse an der Fortsetzung des gesamteuropäischen Prozesses. Es hat Sinn, ihre Möglichkeiten in der Arbeit zur Förderung der Idee des Vertrages in Betracht zu ziehen.

Nützlich sind die Kontakte auch mit den nichtpaktgebundenen Staaten, kurz gesagt - mit dem breitesten Kreis von Ländern in der Welt, denn nach unserem gemeinsamen Verständnis würde der vorgeschlagene Vertrag all jenen, die das wünschen, zum Beitritt offenstehen.

Die Bedingungen sind jetzt dergestalt, daß die Arbeit bezüglich des Vertrages auf bilateraler Ebene verwirklicht wird. Das ermöglicht, die uns interessierenden Nuancen in den Positionen der verschiedenen Länder herauszufinden und zu nutzen. Es muß auch die Möglichkeit vorgesehen werden, zur nächsten Etappe - den multilateralen Konsultationen - überzugehen. In allgemeiner Form könnte eine solche Idee im Kommuniqué unserer Tagung entwickelt werden.

Es entsteht die Frage, ob es nicht an der Zeit ist, einen konkreten Vertragsentwurf auszuarbeiten und zu unterbreiten. Wir haben darüber nachgedacht und sind zu der Meinung gelangt, daß der Zeitpunkt für einen solchen Schritt bisher noch nicht gekommen ist. Es ist nicht auszuschließen, daß die Unterbreitung eines konkreten Entwurfes in dieser Etappe die führenden NATO-Länder anspornen würde, allein die Idee unseres Vorschlages formell abzulehnen.

Uns scheint es, daß die Ausarbeitung eines konkreten Vertragsentwurfes je nach der Entwicklung der Lage erfolgen kann unter Berücksichtigung all des Positiven und Konstruktiven, was sich im Verlaufe der Kontakte und Konsultationen mit den westlichen Ländern und anderen

Staaten ergeben kann.

Zusammenfassend möchte ich unterstreichen - und ich denke, daß alle damit einverstanden sind -, daß die Arbeit zum Voranbringen des Vorschlages, mit den NATO-Ländern einen Vertrag über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt abzuschließen, auch künftig einen bedeutenden Platz in den gemeinsamen außenpolitischen Bemühungen unserer verbündeten Länder einnehmen muß. Wir haben sicher noch mehrfach die Möglichkeit, einen Meinungsaustausch durchzuführen und uns über Wege zu ihrer weiteren Durchführung zu beraten.

Und nun zur Frage, die in der Prager Deklaration zu Recht als außerordentlich wichtig charakterisiert wird - zur Frage der Verhandlungen mit den Amerikanern über die Begrenzung der Kernwaffenrüstungen in Europa.

Sie wissen, Genossen, daß die amerikanische Seite am Tage der Beendigung der laufenden Verhandlungsrunde, sozusagen vor Toresschluß, einen Vorschlag unterbreitete, der im voraus als "Zwischenvariante" angepriesen wurde.

Die Amerikaner schlugen vor, für die sowjetischen Mittelstreckenraketen und jene amerikanischen Raketen, die in Westeuropa stationiert werden sollen, gleiche Obergrenzen festzulegen. Die vorgeschobenen Systeme der USA werden durch diesen Vorschlag in keiner Weise berührt, und das Kernwaffenpotential ihrer Verbündeten - England und Frankreich - wird nicht einkalkuliert. Obendrein wollen die Amerikaner, daß in das der UdSSR zugestandene, mit den USA gleiche Niveau der Raketen mittlerer Reichweite diejenigen Raketen einbezogen werden, die nicht nur im europäischen, sondern auch im gesamten übrigen Teil des Territoriums der Sowjetunion stationiert sind. Doch die amerikanischen Kernwaffen mittlerer Reichweite in den Ländern Asiens und in den angrenzenden Meeren und Ozeanen würden damit wiederum nicht begrenzt werden.

Mit einem Wort - nach dem amerikanischen Drehbuch werden die USA und die NATO insgesamt ihre nuklearen Rüstungen erhöhen, die Sowjetunion hingegen - verringern.

Das Wesen der amerikanischen Position hat sich also nicht geändert: Die Reagan-Administration verfolgt ihr bisheriges Ziel - in Westeuropa ihre Raketen zu stationieren und somit das strategische Gleichgewicht in Europa und in der ganzen Welt zu verändern. Und das wird mit ernster Miene als sachlicher Vorschlag unterbreitet.

Wir haben darauf bereits eine Antwort erteilt. Wir haben direkt gesagt, daß die erwähnte "Zwischenvariante" für uns unannehmbar ist. Die Sowjetunion wird keine Zugeständnisse machen, die das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zum Schaden für die Interessen der sozialistischen Gemeinschaft verletzen würden. In den Verhandlungen in Genf werden wir auch weiterhin eine solche Vereinbarung anstreben, die zur Verminderung des Niveaus der nuklearen Konfrontation in Europa führen würde.

Sollten die USA dennoch mit der Stationierung ihrer Raketen in Westeuropa beginnen, werden wir natürlich auf diese Frage zurückkommen und die entstandene Situation erörtern müssen. Die Frage der Kernwaffenrüstungen in Europa betrifft unsere gemeinsame Sicherheit. Man muß bereit sein, auf jegliche Herausforderung des Wettrüstens die gebührende Antwort zu erteilen.

Natürlich werden wir die erforderlichen Anstrengungen unternehmen, damit die breitesten Kreise der europäischen Öffentlichkeit, insbesondere der Länder, in denen die Stationierung der amerikanischen Raketen beabsichtigt ist, die Wahrheit über die Sachlage in den Verhandlungen erfahren. Es ist wichtig, daß die Reagan-Administration am eigenen Leibe den wachsenden Einfluß der Kräfte, die gegen die nukleare Gefahr auftreten, verspürt.

Vor einigen Tagen wurde die 3. Runde der Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen beendet.

Wir haben ein neues Dokument unterbreitet - Grundlagen einer Vereinbarung zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen. Darin ist eine bedeutende Reduzierung - um 25 % im Vergleich zu den im SALT-2-Vertrag ursprünglich festgelegten Höchstgrenzen - aller strategischen Trägermittel sowie das Verbot von Flügelraketen aller Basierungsarten - d. h., der boden-, see- und luftgestützten - vorgesehen. Dieses Dokument berücksichtigt strikt das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit der Seiten.

Die Amerikaner haben vor einer gewissen Zeit ebenfalls ihr Dokument unterbreitet. Darin ist immer die gleiche Linie enthalten: Es werden nur solche Vorschläge unterbreitet, die darauf gerichtet sind, den Interessen der Sicherheit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zu schaden.

Indem sie vorschlagen, den Großteil der sowjetischen landgestützten interkontinentalen ballistischen Raketen zu beseitigen - und das ist die Basis der strategischen Kräfte der Sowjetunion -, haben die Amerikaner ihr Dokument so abgefaßt, daß es ihnen bei der Stationierung der neuesten Arten strategischer Erstschlagswaffen - "MX"-Raketen und seegestützter "Trident-2"-Systeme - sowie bei der Schaffung vieler Tausender Flügelraketen großer Reichweite faktisch freie Hand läßt.

Wie Sie wissen, haben es die USA lange Zeit abgelehnt, über die Begrenzung einer so wichtigen Komponente ihrer strategischen Kräfte wie die schweren Bombenflugzeuge zu sprechen. Vor kurzem kamen die Amerikaner auf die Möglichkeit zu sprechen, die Zahl der strategischen Bombenflugzeuge auf 400 Einheiten für jede der Seiten zu reduzieren. Aber auch darin zeigte sich ihr einseitiges Herangehen. Sie wollen, daß in die Zahl der Flugzeuge des genannten Typs von unserer Seite auch die Mittelstreckenbomber, die im Westen als "Backfire" bezeichnet werden, einbezogen werden, die keine strategischen Trägermittel sind. Zu dem noch wird all das damit verbunden, daß die sowjetische Seite die unannehmbare Position der USA zu den ballistischen Raketen akzeptieren soll.

Somit gibt es in den amerikanischen Vorschlägen bisher nichts Konstruktives, was die Positionen annähern würde.

Man muß zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die Taktik der USA darin besteht, die öffentliche Meinung irrezuführen und die Welle der Kritik in Westeuropa, aber auch im eigenen Land, herunterzudrücken.

Wir werden auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um nach Lösungen zu suchen, die das Niveau der militärischen Gefahr verringern und die gemeinsamen Sicherheitsinteressen der sozialistischen Länder zuverlässig gewährleisten würden.

Bisher aber gibt die Position der USA keinerlei Anlaß für Optimismus.

In den Wiener Verhandlungen unternahmen unsere Länder einen wichtigen praktischen Schritt zur Verwirklichung der auf der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses unterbreiteten Ideen.

Man muß sagen, daß unsere neuen Vorschläge frischen Wind in die Verhandlungen gebracht und sie belebt haben. Gegenwärtig erläutern wir aktiv das Wesen unserer Vorschläge und verweisen auf ihren konstruktiven Charakter.

Natürlich ist es wichtig, auch künftig offensiv zu handeln und unser Auftreten ständig zu koordinieren, um in dem Maße, in dem es von uns abhängt, zur Erreichung gegenseitig annehmbarer Vereinbarungen beizutragen.

Die Beharrlichkeit, mit der unsere Länder auf dem Madriider Treffen die gemeinsame Linie verwirklichen, zeitigt ihre Ergebnisse. Die Erarbeitung des Abschlußdokuments geht voran. Ihren nützlichen Beitrag leisten auch die neutralen Länder. Jedoch ist die Sache in Madrid bei weitem noch nicht abgeschlossen.

Der neue Entwurf des Abschlußdokumentes, der von den neutralen und nichtpaktgebundenen Ländern unterbreitet wurde, enthält natürlich eine Reihe von Formulierungen, die die Positionen unserer Länder nicht in gebührender Weise berücksichtigen. Unter anderen Bedingungen müßte man darin einiges korrigieren. Wenn man aber von der konkreten Situation in Madrid ausgeht, dieses Dokument nimmt und alle Plus und Minus abwägt, dann könnte es unserer Meinung nach als Grundlage für den Abschluß der Arbeiten zur vollständigen Vereinbarung des Abschlußdokumentes dienen.

Es ist zu spüren, daß zwischen den NATO-Ländern keine völlige Einheit darüber besteht, wie das Treffen abzuschließen ist. Sein Erfolg entspricht in keiner Weise den Zielen und Absichten Washingtons, paßt nicht in seinen militaristischen Kurs. Das wirkt sich in gewissem Maße auch auf die Positionen einiger Verbündeter der USA aus. Vieles spricht dafür, daß die Amerikaner gerade jetzt angesichts der möglichen erfolgreichen Beendigung des Madrider Treffens erneut Obstruktion beginnen und ein Maximum an Anstrengungen unternehmen werden, um die Erreichung einer Vereinbarung in Madrid zu hintertreiben. Sie wollen die ganze Sache auf eine Art "Null-Variante" reduzieren, d. h., das Treffen mit nichts abzuschließen, den gesamteuropäischen Prozeß unterminieren bzw. das Treffen mit einem kurzen, dem Wesen nach inhaltslosen Dokument abzuschließen. Möglicherweise werden sie weiter danach streben, die Arbeit des Treffens hinauszuziehen und zu blockieren, künstliche Hindernisse zu errichten und für uns wesentlich unannehmbare Vorschläge wiederzubeleben. Unserer Meinung nach müssen wir diesen Absichten Washingtons energisch entgegenwirken und die Verwirklichung unserer gemeinsamen prinzipiellen Linie anstreben.

Die Sowjetunion ist, wie wir alle, dafür, das nächste Treffen in der Art des Madrider Treffens in Bukarest sowie die Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und über Abrüstung in Europa in Warschau durchzuführen, obwohl hierbei natürlich bei weitem nicht alles von uns abhängt.

Betrachtet man die Dinge real, dann werden die westlichen Länder dazu ihre Zustimmung nicht geben, so wie wir für die Kandidatur Brüssels keine Zustimmung geben.

Der positive Abschluß des Madrider Treffens war und bleibt unser Ziel. Für unsere Länder wäre das eine wichtige Etappe im Kampf um Entspannung und Frieden in Europa. Nach unserem Meinungsaustausch hier und unter seiner Berücksichtigung beabsichtigt die sowjetische Führung, die Perspektiven für den Abschluß des Madrider Treffens und unsere eventuellen Schritte noch einmal abzuwägen und einzuschätzen.

Es gibt noch eine weitere wichtige Initiative des Politischen Beratenden Ausschusses, die unsere Länder zu verwirklichen haben. Ich meine den Vorschlag, Europa von chemischen Waffen zu räumen.

Diese Initiative hat in Westeuropa gewissen Widerhall gefunden und wurde in Schweden und Finnland mit Interesse aufgenommen. Positiv darauf reagierte auch eine so große einflußreiche Partei der BRD wie die Sozialdemokratische Partei. Die Reaktion offizieller NATO-Kreise ist kühl. Aber es ist für die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten nicht einfach, unseren Vorschlag formell abzulehnen. Die Westeuropäer sind ernsthaft darüber in Sorge, daß es auf dem Kontinent, und zwar in amerikanischen Lagern in der BRD, bereits Vorräte an chemischen Waffen - und das in nicht geringen Mengen - gibt.

Wie soll unsere gemeinsame Initiative vorgebracht, wie soll sie konkretisiert werden? Offensichtlich gibt es verschiedene Varianten, z. B. den Vorschlag zu einer schrittweisen Verwirklichung unserer Initiative zu unterbreiten. Vielleicht sollte man diese oder jene Regionen nennen, in denen die Umwandlung Europas in eine von chemischen Waffen freie Zone begonnen werden könnte. In diesem Zusammenhang drängt sich natürlich der Gedanke vor allem an die mitteleuropäische Region auf. Es ist nicht ausgeschlossen, daß gleichzeitig oder danach in eine solche Zone auch andere Regionen Europas einbezogen werden könnten.

In Anbetracht der Kompliziertheit des Problems wird es möglicherweise sinnvoll sein, daß wir uns darüber verständigen, eine Arbeitsgruppe zu bilden, der Experten aller verbündeten Länder angehören und die sich mit der Ausarbeitung konkreter Vorschläge zu dieser Frage beschäftigen würde. Jedoch muß man über diese Frage noch nachdenken.

Es lohnt, einen Meinungsaustausch über die möglichen politischen Folgen der jüngsten Wahlen in der BRD zu führen. Die Ergebnisse dieser Wahlen werden hier und da im Westen so dargestellt, als wären von nun an die letzten Hindernisse für die Stationierung amerikanischer Raketen in der BRD vollkommen beseitigt.

Obwohl die Führer der BRD erklären, daß sie den NATO-Beschluß erfüllen werden, müssen sie mit den gegenwärtigen politischen Realitäten rechnen, vor allem mit der Position einer so großen politischen Kraft - mag sie auch schwanken - wie die Sozialdemokratische Partei. Auch die gesellschaftlichen Kräfte, die die Antikriegsbewegung in der BRD bilden, bereiten sich darauf vor, ihr Auftreten zu aktivieren, ihm größeren Massencharakter und Organisiertheit zu verleihen. Mit dem Einzug der sogenannten "Grünen" in den Bundestag wird die Stimme der Vertreter dieser Bewegung auch von der Tribüne des Parlaments zu vernehmen sein.

Aus dem Verhalten Köhls ist ersichtlich, daß er und die Leute in seiner Umgebung nach Möglichkeit innere Komplikationen, die mit der Stationierung der amerikanischen Raketen in der BRD verbunden sind, zu vermeiden.

All das sind Faktoren, die in unseren Beziehungen mit der BRD Berücksichtigung finden müssen. Ich meine, daß die von unseren Ländern abgestimmte prinzipielle Linie - die BRD an die Positionen der Einhaltung der mit den sozialistischen Staaten abgeschlossenen Verträge zu binden - auch unter den neuen Bedingungen vollauf ihre Aktualität behält.

Es ist wichtig, mit den Vertretern des gesamten Spektrums der politischen Kräfte der BRD entsprechend zu arbeiten. Natürlich werden wir wie bisher jeglichen Versuchen Bonns, "gesamtddeutsche" Illusionen, die, wie allen verständlich, revanchistische Wurzeln haben, zu galvanisieren, eine entschiedene Abfuhr erteilen.

Einige Worte über die Beziehungen zu Frankreich. Sie erinnern sich, daß im Februar erstmalig nach dem Machtantritt der Regierung Mitterrand Außenminister Cheysson zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion weilte. Die Gespräche mit ihm verliefen bei weitem nicht in allem glatt. Aber insgesamt konnte der Eindruck entstehen, als seien die Franzosen geneigt, den politischen Dialog mit der Sowjetunion in gewissem Maße zu aktivieren.

Vor einigen Tagen forderten die französischen Behörden die Ausreise einer gewissen Anzahl von Mitarbeitern sowjetischer Einrichtungen in diesem Land aus Frankreich. Diese Provokation - und anders kann man sie nicht bezeichnen - zwingt dazu, sich die Politik der Mitterrand-Regierung in bezug auf die Länder der sozialistischen Gemeinschaft noch aufmerksamer anzusehen.

In der Politischen Deklaration sind die Ursachen für das Entstehen von Krisensituationen in Asien, Afrika und Lateinamerika gründlich aufgedeckt und die Wege zu einer gerechten friedlichen Regelung globaler Konflikte, darunter des langwierigsten und gefährlichsten - des Nahostkonflikts - aufgezeigt worden.

In letzter Zeit verstärken die USA und Israel ihren Druck auf Syrien. Vor einiger Zeit haben wir den Syrern auf ihre Bitte hin verschiedene Waffen zur Verfügung gestellt, die zur Festigung der Verteidigungsfähigkeit dieses Landes bestimmt sind.

In Israel wurde allerhand Lärm darum gemacht, daß die in Syrien vorhandenen Luftabwehrraketen in der Lage seien, Flugzeuge auch über israelischem Territorium abzuschießen.

Israelische Politiker geben provokatorische Erklärungen ab und drohen geradewegs mit Präventivmaßnahmen gegen Syrien.

In diesem Zusammenhang haben sich die Amerikaner an uns gewandt. Sie behaupten, daß die Sowjetunion, da sie die Festigung der Sicherheit Syriens unterstützt, gewissermaßen die Verantwortung für das weitere Anheizen der Spannungen im Nahen Osten auf sich nehme.

Wir weisen derartige Behauptungen, die die tatsächliche Sachlage von den Füßen auf den Kopf stellen, kategorisch zurück. Wir verweisen darauf, daß die auf dem Territorium Syriens stationierten Mittel der Luftabwehr lediglich bei denjenigen Beunruhigung hervorrufen können, die eine neue Aggression ersinnen, d. h. bei Israael, und die USA verfügen über alle Möglichkeiten, ihren zu weit gegangenen Verbündeten zur Ordnung zu rufen.

Die Amerikaner verstärken gegenwärtig ihren Druck auch auf Jordanien. Sie veranlassen König Hussein zum Beginn direkter Verhandlungen mit Israel mit der verlockenden Perspektive, die okkupierten Gebiete am Westufer des Jordan zurückzuerhalten.

Hussein sagt uns, daß er die Zustimmung nicht geben wird, wenn er nicht die Unterstützung der anderen Araber und der Palästinensischen Befreiungsorganisation erhält. Jedoch gibt es keine völlige Gewißheit darüber, daß er sich standhaft zeigen wird.

Wir regen die Araber an, sich konsequenter an die von ihnen in Fes ausgearbeitete Plattform für eine Nahostregelung zu halten und sich der Politik von Camp David zuwiderzusetzen.

Wir werden in den Nahostangelegenheiten auch weiterhin unseren abgestimmten Kurs verfolgen.

Ich möchte kurz über einige Momente unserer Beziehungen mit China informieren.

Vor kurzem ging in Moskau die 2. Runde der sowjetisch-chinesischen politischen Konsultationen zu Ende. Veränderungen zum Besseren in der Haltung Pekings im Vergleich zu der ersten Runde gab es nicht. Die chinesische Seite hat erneut ihre bekannten Bedingungen dargelegt, die die Beziehungen der Sowjetunion zu dritten Ländern - Vietnam, Afghanistan und Mongolei - berühren, die zur Erörterung nicht akzeptiert werden können.

Bisher bringen die Konsultationen die Dinge real nicht voran.

Ausgehend von ihrer prinzipiellen Linie, die Tür für die Wiederherstellung der Freundschaft zwischen dem sowjetischen und chinesischen Volk offenzuhalten, beabsichtigt die sowjetische Seite, auch künftig die Verhandlungen mit der chinesischen Seite geduldig und beharrlich fortzusetzen. Es besteht Übereinstimmung darüber, daß die nächste Runde der sowjetisch-chinesischen Konsultationen in Peking stattfindet.

Das bedeutet jedoch nicht, daß wir den Chinesen unfreundliche Ausfälle in ihrer Propaganda gegen die Sowjetunion und die sozialistische Gemeinschaft durchgehen lassen.

Ich füge hinzu, daß sich in den letzten ein bis anderthalb Jahren die zwar unbeständige Tendenz einer gewissen Belebung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen auf einer Reihe von Gebieten - im Handel, in den kulturellen und Sportbeziehungen u. ä. - zeigt. Diese Tendenz wird von uns unterstützt. Das ist eine der Fragen, über die ein Informationsaustausch nützlich ist.

Genossen! Wir haben vereinbart, uns im Oktober in Sofia zu treffen, um erneut einen Meinungsaustausch über die aktuellsten Fragen zu führen und weitere Schritte zu erörtern, um unsere gemeinsamen Initiativen voranzubringen. Wenn es die Situation erfordert, kann man natürlich auch an die Durchführung einer außerordentlichen Tagung unseres Komitees denken.